



Wohlstand sichern

Industriepolitische Hinweise für
ein starkes Nordrhein-Westfalen



Hierfür steht der Wirtschaftsrat Nordrhein-Westfalen:

- Nordrhein-Westfalen muss das zentrale Industrieland Deutschlands mit hoher Innovationskraft bleiben.
- Eine Verbesserung der Standortbedingungen für Industrie und Wirtschaft. Explodierende Energiepreise, Fachkräftemangel, Flächennot, hohe Steuern und Abgaben sowie überbordende Bürokratie müssen gelöst werden.
- Eine realistische Betrachtung und Planung des Weges zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Industrie. Die bisherigen Zielvorgaben und regulatorischen Ansätze sind nicht tragfähig. Es braucht mehr Flexibilität auf der Zeitachse und eine technologieoffene und ideologiefreie Sichtweise.
- Eine robuste und leistungsfähige Infrastruktur. Dazu gehört der schnelle Ersatz maroder Infrastruktur (Brücken, Schienen, Straßen). Nordrhein-Westfalen ist eines der wichtigen europäischen Transitländer in Europa.
- Technologieoffenheit bei einer nachhaltigen Mobilität.
- Die Forderung nach einer flächendeckenden, modernen digitalen Infrastruktur. Nur mit Digitalisierung und KI kann Bürokratieabbau gelingen.
- Eine Verschlinkung der staatlichen Organisationsstrukturen. Bei Arbeitskräften müssen Industrie und Wirtschaft Vorrang vor der öffentlichen Hand haben.
- Eine herausragende Bildung. Sie ist ein zentraler Baustein für wirtschaftlichen Erfolg. Dazu zählen gleichwertig sowohl die duale berufliche wie auch die universitäre Ausbildung. Dabei muss ein Hauptaugenmerk auf MINT-Fächer gelegt werden.
- Den Aufstieg durch Bildung. Dieser muss auch zukünftig sichergestellt werden. Dabei ist die Frage nach Exzellenz- und Begabtenförderung stärker in den Mittelpunkt der Bildungspolitik zu stellen.

Vorwort



Im September 2025 entscheiden die Wähler über einen neuen Bundestag und über eine neue Bundesregierung. Die Umfragen, aber auch das Wahlergebnis der Europawahl machen deutlich, dass die Bürger mit den Leistungen der Ampel unzufrieden sind. Dies hat gute Gründe. Der Wirtschaftsmotor stotterte bereits vor der Corona-Krise. Doch statt klarer Signale an die Wirtschaft rückte die Regierung andere Ziele in den Fokus. Der Erhalt der wirtschaftlichen Prosperität kommt dabei nicht vor.

Dabei kann Deutschland nur dann ein soziales und helfendes Land sein, wenn die ökonomische Basis dies zulässt. So ist es kein Selbstzweck, wenn sich der Wirtschaftsrat dafür einsetzt, dass in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und Europa die Rahmenbedingungen für einen starken Industrie- und Wirtschaftsstandort wieder in den Mittelpunkt gerückt werden und dem dramatischen Vertrauensverlust in den Standort entgegengewirkt wird. Daher macht sich der Wirtschaftsrat stark, dass wir vor allem eine erfolgreiche Industrienation bleiben. Es braucht dringend ein klares Signal, die Freiheitsräume der Wirtschaft zu erweitern. Es braucht endlich eine Agenda für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit.

Wir wollen daher bereits in diesem Jahr ein kraftvolles Aufbruchsignal an alle politischen Akteure in Nordrhein-Westfalen, im Bund und in der EU senden. Für Deutschland und Europa gilt: Weder eine immer stärker von Beamten mit Plänen gesteuerte und bevormundete Wirtschaft noch immer neue Schuldenvehikel lösen die grundlegenden Probleme. Im Gegenteil, sie lähmen. Wir müssen uns stattdessen wieder auf die Prinzipien besinnen, die Deutschland und Europa wirtschaftlich stark gemacht haben. Umso mehr ist eine Rückbesinnung auf die Stärken der Wirtschaftswunderzeit gefragt – auf Freiheit, Verantwortung und Lust auf Zukunft. Aber auch auf das Kernelement unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die Soziale Marktwirtschaft, sei verwiesen.

Mein Dank gilt allen, die bei der Erstellung dieses Papiers aktiv mitgewirkt haben, insbesondere den Mitgliedern des Landesvorstandes, den Vorsitzenden unserer Landesfachkommissionen und nicht zuletzt dem Redaktionsteam.

Mit dieser Positionierung leistet der Wirtschaftsrat einen Beitrag in der aktuellen Diskussion und dem Ringen um eine gute Industriepolitik für den Standort Nordrhein-Westfalen.

Ihr Landesvorsitzender

Paul Bauwens-Adenauer



Der Wirtschaftsrat

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. ist ein bundesweit organisierter unternehmerischer Berufsverband, dessen Gründung 1963 vom damaligen Bundeswirtschaftsminister und späteren Bundeskanzler Ludwig Erhard angeregt wurde. Der Verband bietet Unternehmern und Unternehmen eine Plattform, die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Deutschland mitzugestalten, und hat den Mittelstand fest im Blick. Mit rund 12.000 Mitgliedern ist der Wirtschaftsrat das ordnungspolitische Gewissen der Gesellschaft, der Politik und die starke Stimme der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und Europa. Der Wirtschaftsrat vertritt die Interessen der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Gesellschaft.

Der Wirtschaftsrat setzt sich für einen starken, international wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Deutschland ein. Ohne Soziale Marktwirtschaft gäbe es die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland als Wirtschaftsnation nicht. Deshalb überträgt der Wirtschaftsrat Ludwig Erhards Prinzipien auf die heutige Zeit und entwickelt sie weiter. Nur erfolgreiche Unternehmen können Zukunft gestalten, Arbeitsplätze schaffen, Steuern zahlen und ihren Teil an den Sozial- und Rentenbeiträgen ihrer Beschäftigten tragen. Der Verband steht für das Prinzip: erst erwirtschaften, dann verteilen. Soziale Sicherheit braucht unternehmerischen Erfolg. Außerdem tritt der Wirtschaftsrat konsequent nach Ludwig Erhards Credo „Wohlstand für alle“ dafür ein, dass Deutschland gegenüber seiner jungen Generation das Aufstiegsversprechen einlöst.

Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen ist das zentrale Industrieland Deutschlands, aufgrund seiner geografischen Lage im Herzen Europas zugleich auch einer der wichtigsten Wirtschaftsräume. Es steht insbesondere in unmittelbarem Austausch mit den Benelux-Ländern. Zugleich ist das Land wesentliches Transitland für den Warenverkehr und mit seinen rund 18 Millionen Einwohnern ein ebenso wichtiger Absatzmarkt im Endkunden- wie im B2B-Geschäft.

Neben der Schwerindustrie, insbesondere den Stahlwerken an Rhein und Ruhr, zeichnet sich die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen durch ihre hohe Innovationskraft aus. Im Vordergrund steht dabei die kontinuierliche Verbesserung bestehender Produkte und Dienstleistungen, die mit ihrer hohen Qualität für den Begriff „Made in Germany“ stehen. Fachkräfte, sei es auf gewerblicher oder akademischer Ebene, tragen aktiv dazu bei. Daher bleiben Bildung und Ausbildung der wichtigste Rohstoff in unserem Land. Gute Schulen und exzellente Universitäten sowie Forschungseinrichtungen, die eng mit der Wirtschaft zusammenarbeiten, bilden die Basis des wirtschaftlichen Erfolges von morgen.

Dieses Papier soll auf die Herausforderungen der Politik ein Jahr vor den Bundestagswahlen und vor dem Neubeginn der sich konstituierenden EU-Kommission hinweisen und

Lösungsansätze skizzieren. Viele Probleme sind nicht allein auf Landes-, sondern ebenso auf Bundesebene und nicht zuletzt auf europäischer Ebene angesiedelt und nur durch eine konsistente Politik über alle drei Ebenen lösbar.

Lage der Industrie

Die jüngsten Entwicklungen und Nachrichten aus den Industrieunternehmen geben dem Wirtschaftsrat Nordrhein-Westfalen Anlass zur Sorge: Besonders die Versorgung mit Rohstoffen und der Freihandel sind bedroht. In vielen Bereichen scheint ein Kipppunkt erreicht zu werden, an dem das Abwandern der energieintensiven Produktionen kaum mehr aufzuhalten ist.

Nordrhein-Westfalen ist das zentrale Industrieland in Deutschland. Daher hängt die Zukunft des Landes und der Industrie maßgeblich von den Entwicklungen in diesem Bundesland ab. Bislang war der Standort geprägt durch lange Wertschöpfungsketten und einen räumlich engen Verbund von Anbietern und Kunden. Dies hat zum Wohlstand in den Regionen, im Land und in ganz Deutschland beigetragen. Zudem zeichnet sich die Industrielandschaft in Nordrhein-Westfalen ebenso durch familiengeführte mittelständische Unternehmen wie durch international agierende DAX-Konzerne aus.

Jeder achte Erwerbstätige ist in einem der rund 10.000 Industriebetriebe beschäftigt, die ein Viertel der Bruttowertschöpfung in Nordrhein-Westfalen ausmachen. Die multiplen Krisen der letzten Jahre belasten den Standort. Die durch den Ukraine-Krieg verschärfte Energiekrise trifft die energieintensive (Grundstoff-)Industrie, sei es in der Chemie oder im Stahlbereich, besonders hart.

Nicht ohne Grund ist Nordrhein-Westfalen das Energieland Nr. 1 in Deutschland und das in doppelter Hinsicht. Sowohl die größten Energieerzeuger als auch die größten Energieverbraucher sind hier angesiedelt. Die Drosselung der Industrieproduktion war ein wichtiger Beitrag zur Überwindung der Energiekrise und auch heute tragen die energieintensiven Großunternehmen aktiv dazu bei, dass Stromnetze, aber auch die weitere Energieversorgung stabil bleiben.

Bereits vor dem Ukraine-Krieg mehrten sich die Anzeichen, dass die Standortbedingungen für die Industrie im internationalen Vergleich nicht mehr gut sind. Ein Indikator waren die sinkenden Inlandsinvestitionen und eine zunehmende Verschiebung von Investitionstätigkeit in wettbewerbsfähigere Standorte wie Polen oder die USA (die mit Subventionen zu einer Public Economy werden). Unternehmer und Investoren zweifeln an der Zukunftsfähigkeit einer der größten Industrieregionen Europas sowie an der Kraft und Ausrichtung der Politik, den Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig auszurichten.

Die Ursachen für die Investitionsverlagerungen sind vielfältig, vor allem aber durch explodierende Energiepreise begründet. Zudem fehlen Arbeits- und Fachkräfte (die



geburtensarken Jahrgänge gehen in die Rente und verstärken dieses Defizit), die Einstellung zu Arbeit (Work-Life-Balance, berufliche Erfüllung, Bürgergeld, Niedriglohn, Wert der Arbeit), Mängel bei der Verkehrsinfrastruktur, die unzureichende Digitalisierung, die hohe Steuer- und Abgabenlast, die überbordende Bürokratie, die fehlenden Flächen und die überlangen Planungsverfahren, aber auch immer mehr kaum umsetzbare politische Vorgaben mit daraus erwachsender Bürokratie (Lieferkettengesetz) und eine immer stärker um sich greifende Staatsgläubigkeit („Der Staat macht keine Fehler.“) belasten den Wirtschaftsstandort.

Der Wirtschaftsrat ermutigt alle Verantwortungsträger aus Politik, Verwaltung und Gesellschaft, ihren Einfluss auf allen staatlichen Ebenen und politischen Gremien geltend zu machen, um die Rahmenbedingungen zu verbessern. In diesem Sinn versteht er auch seine industriepolitischen Hinweise.

Energie und Nachhaltigkeit

Zentrales Ziel ist es laut Koalitionsvertrag, Nordrhein-Westfalen in ein klimaneutrales Industrieland umzuwandeln. Die Landesregierung möchte ein neues wirtschaftspolitisches Dreieck zwischen dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, guten Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit schaffen. Daraus erwachsen für den Industriestandort besondere Schwierigkeiten, partiell aber auch Chancen.

Der Wirtschaftsrat plädiert für eine sachbezogene und realistische Sichtweise, um die Ziele auch tatsächlich zu erreichen. Greenwashing in der Politik hilft nicht. Die von Bundeswirtschaftsminister Habeck im März vorgelegten Daten zur Emissionsminderung sind neben den beachtlichen Einsparungen im privaten Bereich im Wesentlichen auf Rückgänge der Industrieproduktion und Verlagerungen ins Ausland zurückzuführen.

Die gegenwärtige Art und Weise des Transformationsprozesses bedroht immer mehr die industrielle Grundlage und damit Arbeitsplätze und Wohlstand. Zugleich steigen die Kosten im sozialen Bereich (Bürgergeld, Rente, Deutschland-Ticket, Kriegsflüchtlinge, Asylmigration). Aber auch immer stärker ausgebaut staatliche Dienstleistungen führen zu immer höheren Ausgaben. Die Staatsquote von 48,2 Prozent ist weiterhin deutlich zu hoch. Diese Entwicklung führt zu einer Überlastung der Volkswirtschaft und kann nichtdemokratische Tendenzen verstärken.

Der Wirtschaftsrat fordert eine realistische Betrachtung und Planung des Weges zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Industrie. Die bisherigen Zielvorgaben und regulatorischen Ansätze sind nicht tragfähig. Es braucht mehr Flexibilität auf der Zeitachse und eine technologieoffene Sichtweise.

Eine kategorische Ablehnung von Kernkraft als klimaneutrale Energiequelle und die Beschränkung auf regenerative

Energieerzeugung aus Wind und Sonne reichen nicht aus, um einen modernen Industriestandort zu erhalten. Die Unternehmen benötigen international wettbewerbsfähige, sichere und bezahlbare Energie.

Ein weiterer Baustein für eine sichere Energieversorgung kann der Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur sein. Dazu muss aktiv der Netzausbau und -umbau, ebenso wie der Bau wasserstofffähiger Back-up-Kraftwerke, betrieben werden. Hierzu sind die landesrechtlichen Hürden bei Planung, Bau und Betrieb auf ein Minimum zu senken. Die skizzierten Ansätze der Kraftwerksstrategie der Bundesregierung bleiben für diese Herausforderungen wesentliche Antworten schuldig. Ein Masterplan Wasserstoff mit einem klaren Umsetzungsplan mit verbindlichen Zielen und Monitoring ist überfällig.

Infrastruktur

Nordrhein-Westfalen ist eines der wichtigen europäischen Transitländer und zugleich ein herausragender Wirtschafts- und Industriestandort, der auf eine robuste und leistungsfähige Infrastruktur angewiesen ist. Der aktuelle Zustand bei allen Verkehrsträgern (Luft, Wasser, Schiene, Straße) ist nicht gut, Tendenz fallend. Seit vielen Jahren fehlen wichtige Investitionen. Dies führt zu zusätzlichen Kosten in der Wirtschaft und zu Schäden an der Umwelt. Insbesondere wurde in Ausbau und Erhalt von Straßen, Brücken und Bahninfrastruktur zu wenig investiert.

Konkret muss der Ersatz maroder Brücken schneller werden. Dazu müssen Planungs- und Ausschreibungsverfahren überarbeitet und massiv verkürzt werden. Das digitale Monitoringsystem muss so weiterentwickelt werden, dass ein vorausschauendes Erhaltungsmanagementsystem mit Budgetplanung und Kostenkontrolle möglich wird. Ebenso muss ein Masterplan für die Brückensanierung erarbeitet werden, der klar regelt, wann und wie welche Brückenbauwerke erneuert bzw. ertüchtigt werden müssen. Dieser Masterplan leitet sich aus dem Monitoringsystem ab. Dabei ist es besonders wichtig, dass nicht nur die Zustandswerte, sondern auch die laufenden Kosten und Achslasten bzw. Verkehre miteinbezogen werden und in die rollierende Planung einfließen. Zusätzlich gilt es, die maximale mögliche Ausnutzung der Restnutzungsdauern zu erreichen, auch mit modernen verkehrstechnischen Maßnahmen zur Kontrolle und Lenkung von Schwerverkehr. Dabei gilt es, vornehmlich die Transitstrecken ins Auge zu fassen. Ebenso sollte Nordrhein-Westfalen ein Cluster für Ersatzbauten von Brücken ausbilden, um neue Verfahren und Techniken zu entwickeln, die Bauzeiten verkürzen. Dies muss in die laufenden Prozesse der Autobahn GmbH mit einfließen.

Nachhaltige Mobilität kann sich nicht allein auf batteriebetriebene Fahrzeuge beschränken. Es gibt zahlreiche Alternativen, insbesondere für den Schwerlastverkehr, etwa E-Fuels oder Wasserstoff. Hier muss mehr Technologieoffenheit Platz greifen, um einen guten und nachhaltigen



Mix unterschiedlicher Technologien zu schaffen. Gütertransporte müssen bezahlbar bleiben. Ein reger auch internationaler Warenaustausch ist wichtig für die Industrie. Die Reform der Deutschen Bahn muss hier einen Beitrag leisten.

Zudem regt der Wirtschaftsrat an, die anonymisierten Daten über den aktuellen Straßenzustand öffentlichen wie privaten Leistungserbringern zur Verfügung zu stellen, wie auch die aktuellen Verkehrsdaten, um dadurch eine bessere Planbarkeit der Straßennutzung zu gewährleisten, aber auch um Instandhaltungsmaßnahmen besser planen zu können. Instandhaltung darf nicht nach Kassenlage, sondern muss nach Notwendigkeit erfolgen. Hierzu können KI und Digitalisierung einen Beitrag leisten.

Digitalisierung/Innovation/ Bürokratieabbau

Grundvoraussetzung für eine moderne Wirtschaft ist eine flächendeckende, moderne digitale Infrastruktur. Ein gut ausgebautes Glasfasernetz gehört ebenso dazu wie ein funklochfreies Mobilfunknetz. Hiervon ist Nordrhein-Westfalen weit entfernt.

Zukunftsfähige Arbeitsplätze ohne Digitalisierung wird es immer weniger geben. Daher zählt auch ein stabiles Stromnetz zu den Voraussetzungen der Digitalisierung.

Die Digitalisierung ist zugleich einer der Innovationstreiber. Sie lässt neue Branchen und Wertschöpfungsketten um die bestehende Industrie entstehen und schafft gänzlich neue Industrien.

Alle Versuche, Bürokratie abzubauen, sind in den letzten Jahrzehnten gescheitert. Im Gegenteil, die bürokratischen Belastungen wachsen weiter an. Mit Digitalisierung und KI könnten neue Wege beschritten werden. Nicht mehr der Versuch, Regelungen nur einzudämmen, sondern ein pragmatischer, maschineller Umgang mit ihnen könnte ein Teil der Lösung sein. Dies soll aber den Gesetzgeber nicht entbinden, die Sinnhaftigkeit von Gesetzen und Verordnungen zu hinterfragen und diese auch abzuschaffen. Vor allem sollte es keine zusätzlichen Verschärfungen von Europa- oder Bundesrecht mehr geben. Speziell für den Mittelstand sind Berichts- und Meldepflichten eine unverhältnismäßig höhere Belastung. Derzeit beherbergt Nordrhein-Westfalen fast ausschließlich kleine und mittelständische Unternehmen, die mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze stellen und als „Rückgrat“ der Wirtschaft bezeichnet werden können.

Dies gilt insbesondere bei Planungs- und Genehmigungsverfahren, aber auch für schlichte Alltagsangelegenheiten von Bürgern. Neue Prozesse müssen aufgesetzt werden, die den Belangen aller Beteiligten gerechter werden und trotzdem die notwendige Transparenz, Verlässlichkeit und Schnelligkeit sicherstellen. Kommunen, die ihren Bürgern keine zeitnahen Termine zur Erledigung ihrer amtlichen Angelegenheiten zur Verfügung stellen, müssen seitens der

Kommunalaufsicht z. B. zur Digitalisierung angehalten werden, um diese Engpässe auszugleichen.

Eine Aufgabenkritik ist daher auf allen staatlichen Ebenen notwendig. Die bisherigen Organisationsstrukturen sind zu prüfen, zu verschlanken und damit zu vereinfachen. Das ist notwendig, weil der demografische Wandel zu einer Verknappung des Arbeitskräfteangebots führt. Hier müssen die Industrie und die Wirtschaft eindeutig Vorrang vor der öffentlichen Hand erhalten.

Bildung

Herausragende Bildung ist ein zentraler Baustein für wirtschaftlichen Erfolg. Dazu zählen gleichwertig sowohl die duale berufliche wie auch die universitäre Ausbildung. Das Rückgrat der Wirtschaft ist der Facharbeiter.

Um international eine Spitzenreiterrolle zu bewahren, ist es notwendig, die Fachkräfte im eigenen, hochqualifizierten System auszubilden. Aufstieg durch Bildung ist ein zentrales Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft und muss auch zukünftig sichergestellt werden. Dabei ist die Frage nach Exzellenz- und Begabtenförderung stärker in den Mittelpunkt der Bildungspolitik zu stellen.

Deutschlands Rohstoff ist Bildung und Wissenschaft. Daher muss ein Hauptaugenmerk auf MINT-Fächer gelegt werden. Ohne Techniker und Ingenieure lässt sich der wirtschaftliche Erfolg nicht sicherstellen. Deutschland braucht mehr naturwissenschaftliche Lehrstühle und weniger Gender-Studien.

Grundvoraussetzung für eine gute Schulbildung sind hochqualifizierte Lehrer mit einer leistungsorientierten Bezahlung, die an Universitäten ausgebildet wurden, die international mehr Sichtbarkeit haben. Moderne Lehrpläne und neuste Lehrmittel sollen Schüler auf die Herausforderungen im Beruf und Leben vorbereiten. Dazu zählt insbesondere die Fähigkeit zum lebenslangen Lernen. Dies kann nur in schülergerechten, modernen Gebäuden geschehen. Hier kann die Privatwirtschaft helfen, inspirierende Lernräume zu schaffen. Auf sozialer Herkunft beruhende Unterschiede sind so früh wie möglich auszugleichen. Kinder müssen bei der Einschulung die Sprache Deutsch beherrschen. Unterstützen können dabei technische Hilfsmittel wie Apps, aber vor allem ein flächendeckendes, hochwertiges und kostenfreies Ganztagsangebot. Dies hilft bei der Integration und stellt zudem sicher, dass beide Elternteile dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Ebenso benötigt die Industrie hochqualifizierte Mitarbeiter aus allen Teilen der Welt. Wichtig für die Gewinnung ist nicht nur, Studierende aus dem Ausland in Deutschland zu halten, sondern ebenso zügige und klare Abläufe zu schaffen, mit denen ausländische Studien- und Berufsabschlüsse bereits vor der Einreise anerkannt werden. Hierfür empfehlen wir standardisierte Anerkennungssysteme. Deutschland darf Leistungsfähige nicht abschrecken, sondern muss sie ermutigen.

Impressum

Verantwortlich:

Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Rosenstraße 10-12
40479 Düsseldorf

Herstellung:

Unterleider Medien GmbH, Max-Planck-Str. 16, 63322 Rödermark

Bildnachweis:

AdobeStock

Stand:

August 2024



Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Rosenstraße 10–12
40479 Düsseldorf